

auch unterstützt von seiner jungen, modernen, liberalen Mannschaft mit Hannes Androsch und Leopold Gratz, dem späteren Wiener Bürgermeister.

Ich galt nicht zuletzt wegen meiner damaligen dogmatisch antikapitalistischen, prosozialistischen Ader bald als der „rote“ Van der Bellen. Mein Chef, Professor Clemens August Andreae, im Übrigen ein angenehmer, toleranter, konservativer Liberaler, hat wörtlich von der „roten Brut“ an seinem Institut gesprochen. Ich habe ihm daraufhin sinngemäß gesagt: „Ich rede Ihnen nicht drein, und Sie reden mir nicht drein. Loyalität muss gegenseitig sein.“

Jahre später hätte mich meine Tätigkeit als Interessenvertreter fast meine Unikarriere gekostet, und zwar wegen „fehlender Ehrenhaftigkeit“. 1975 stellte ich meinen Habilitationsantrag, und in der damaligen Habilitationsnorm gab es tatsächlich einen Passus, der „ehrenhaftes Vorleben“ als Voraussetzung für die Gewährung einer universitären Lehrbefugnis verlangte, ohne jedoch diese Ehrenhaftigkeit näher zu definieren.

Nun meldete sich ein Professor der Rechtswissenschaften zu Wort und sprach mir ein „ehrenhaftes Vorleben“ ab. Er machte nicht etwa betrügerische Krida oder unglaubliche sexuelle Verfehlungen meinerseits geltend. Nein, als ich mich für die Assistenten quasi gewerkschaftlich engagierte und der Professor gleichzeitig Dekan der Fakultät war, hatten wir eine konkrete Auseinandersetzung darüber, wie er mit einem seiner Assistenten umging. In diesem Konflikt muss ich ihm wohl zu nahe getreten sein. So nahe, dass er vier Jahre später meinte, die Zeit für Revanche sei nun gekommen.

Die Sache ist dann gut für mich ausgegangen. Glücklicherweise hatte ich alle Notizen, Gesprächsprotokolle und dergleichen meinem Nachfolger im Assistentenverband in einer Bananenschachtel übergeben, und diese hatte die vier

Geschehnissen klar: Der Staatsvertrag 1955, vor allem aber der Abzug der sowjetischen Truppen, wurde in der Familie gefeiert. Mein Vater konnte endlich von seinem Büro in der Linzer Spittelwiese über die Donaubrücke nach Urfahr spazieren, das in der sowjetischen Besatzungszone gelegen war. Ein Jahr später, 1956, starb meine Großmutter kurz nach dem Aufstand in Budapest, den sie noch intensiv mitverfolgt hatte.

Und 1968 hatte mich, wie schon ausgeführt, in dem Sinn aktiviert und politisiert, als ich erstmals begriff, dass es noch etwas anderes gab als die herrschenden Verhältnisse der österreichischen ÖVP-Alleinregierung. Plötzlich schien es der Mühe wert, sich zu engagieren. Es war eine Art Erweckungserlebnis.

Irgendwann wurde die SPÖ auf den jungen Revoluzzer an der Uni Innsbruck aufmerksam. Professor Andreae, nach allen Richtungen bestens vernetzt, vermittelte mir 1970 den Auftrag zu einem kleinen Gutachten für den neuen Finanzminister Hannes Androsch über die Einführung der Mehrwertsteuer in Norwegen, womit ich einen Aufenthalt an der Summer School der Universität Oslo finanzieren konnte.

Mitte der siebziger Jahre trat ich dann der SPÖ bei, was weder für mich noch für die Partei von herausragender Bedeutung war. Immerhin war ich über viele Jahre Mitglied einer Arbeitsgruppe des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, der Sachthemen im Vorfeld der Politik wissenschaftlich aufbereitete, unter anderem über Budgetprognosen und Subventionsabbau. Doch schon nach wenigen Jahren begann meine Entfremdung, insbesondere nach Hainburg 1984.

In diesen Jahren hatte ich einen guten Kontakt zur Leitung der Verbundgesellschaft aufgebaut, die für die Errichtung des Kraftwerks in der Stopfenreuther Au bei Hainburg zuständig war. Nicht zuletzt durch diesen Kontakt wurde mir klar, dass die SPÖ den Kern der Auseinandersetzung überhaupt nicht

in konservativer Hand waren, und dass viele führende Intellektuelle im Gegenteil Proponenten eines Schwarzen Wien waren: antidemokratisch, antisemitisch, präfaschistisch²⁵.

Der Siegeszug des politischen Rechtskatholizismus in den dreißiger Jahren war vor diesem Hintergrund nicht überraschend. In katholischen Kreisen galt Liberalismus lange Zeit als Teufelszeug. Dazu muss man sich nur mit der Enzyklika *Quadragesimo Anno* von Papst Pius XI. aus dem Jahr 1931 befassen, die auch dem Dollfuß-Regime und dessen Ständestaat ideologisch vorarbeitete.²⁶

An diese Geisteshaltung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nahtlos angeknüpft. Zum Beispiel an den Universitäten: Heinrich Drimmel, von 1954 bis 1964 ÖVP-Unterrichtsminister, war 1934 unter Dollfuß „Sachwalter der Hochschülerschaft in Österreich“. Auch jener Sektionschef im Unterrichtsministerium, der im Austrofaschismus für die „Verchristlichung“ der Universitäten zuständig gewesen war – Zielscheibe waren unter anderem Personen mit sozialistischen Überzeugungen, darunter auch der junge Bruno Kreisky²⁷ –, blieb nach 1945 unbehelligt im Amt und sorgte dafür, dass die Entnazifizierung glimpflich ausfiel und Remigranten unerwünscht blieben.²⁸ Und ich kann mich gut erinnern, wie das bis weit in die sechziger Jahre hinein funktioniert hat.²⁹

Erst in den siebziger Jahren, nach dem Aufbruch 1968, wurden einige Parteien in manchen Themenbereichen, also selektiv, liberal, etwa bei Kultur, Bildung und Frauenrechten. Unter Kreisky wurden binnen weniger Jahre die Entkriminalisierung der Homosexualität, die Fristenlösung und die Strafrechtsreform durchgesetzt. Hannes Androsch war, was kaum beachtet wird, steuerpolitisch ein großer Vorkämpfer für die Frauenemanzipation. Denn seine Einkommensteuerreform aus 1973 führte flächendeckend die Individualbesteuerung ein; zuvor hatte es die Haushaltsbesteuerung gegeben.

frei, rasch und effizient entscheiden können und unbestechlich sind. Aber diese Welt fällt nicht vom Himmel.

In der Nachbetrachtung der Jahre 2000 bis 2006, der Zeit der schwarz-blauen Koalition in Österreich, ist politische Korruption in einer Dichte sichtbar geworden, wie sie mir kaum vorstellbar schien. In der Öffentlichkeit wird das Thema stark mit dem Namen Karl-Heinz Grasser verknüpft. Selbstverständlich gilt die Unschuldsvermutung.

Grasser war ursprünglich Mitglied der legendären „Buberl-Partie“ von Jörg Haider, ebenso wie Gernot Rumpold, Peter Westenthaler und Walter Meischberger. Auch gegen Rumpold und Meischberger laufen Verfahren. Von Grasser, der mit 31 Jahren Finanzminister der im Jahr 2000 gebildeten ÖVP-FPÖ-Regierung wurde, war ich anfangs durchaus angetan. Wenn er wollte, hatte er Charme, und er wirkte durchaus intelligent. In einigen Punkten hat er mich an den Hannes Androsch des Jahres 1970 erinnert, der als junger roter Finanzminister in ein durch und durch schwarzes Ministerium gekommen war – und dem es in ganz kurzer Zeit gelungen war, die Spitzenbeamten des Hauses für sich zu gewinnen. Das gelang auch Grasser mit den nun roten Sektionschefs, mit Ausnahme des Präsidialchefs, der das Feld räumte.

Grasser hatte durchaus Fähigkeiten: Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat er etwa eine große Reform der Finanzämter durchgezogen. Aber es hat nicht lange gedauert, bis klar war, dass Welten, ja Abgründe zwischen Androsch und Grasser liegen. Androsch war als Steuerberater vom Fach gewesen und wusste auch von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen. Grasser legte hingegen bald die Mentalität eines Gebrauchtwagenhändlers an den Tag: schnell rein, schnell raus. Er war sehr kurzfristig orientiert und hatte keinerlei Verständnis von systemischen Zusammenhängen.

Veränderbarkeit politischer Strukturen. Ich teile leider Hannes Androschs Befund, dass es insgesamt zu einer Art „Geschichtsvergessenheit“ gekommen ist. Zwar bin ich kein großer Anhänger der Idee, dass eine Regierung aus Fachexperten bestehen sollte; Platons Vorstellungen vom Staat sind mir fremd. Aber ein historischer und ein juristischer Background schaden auf keinen Fall.

Die meisten Mitglieder meiner Politikergeneration waren in Sachen Geschichtswissen Autodidakten. Oft gezwungenermaßen: Mein Geschichtsprofessor im Innsbrucker Gymnasium war Kompanieführer im Zweiten Weltkrieg gewesen, das hat er uns erzählt. Aber sein Geschichtsunterricht endete mit dem Jahr 1934 – und da war stets von der „Selbstausschaltung“ des österreichischen Parlaments die Rede. Die ganze Dollfuß-Ära und der sogenannte Ständestaat werden bis heute, verglichen mit der Zeit zwischen 1938 und 1945, kaum als faschistisch wahrgenommen. Dabei saßen schon seit 1936 Vertrauensleute des Hitler-Regimes in der österreichischen Regierung.

Weil in der Mittelschule aufgrund dieser Sonderfaktoren keine Begeisterung für das Fach entstehen konnte, habe ich mir das Meiste dann eben in Eigenregie angeeignet, und so haben es wohl auch viele meiner Kollegen gehalten. Das galt auch für Basiskenntnisse in anderen Fächern. Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt schreibt in seinem jüngsten, autobiographischen Buch stellvertretend für die Nachkriegs-Politikergenerationen über seine notgedrungene Neigung zur Autodidaktik: „Was mir aufgrund mangelnder philosophischer Schulung möglicherweise entging, konnte ich durch lebenslange Beschäftigung und stete Vertiefung hinlänglich ausgleichen.“⁴²

Dieser Ausgleich findet heute entweder anders oder nicht mehr statt. Viele Politiker, aber auch Wissenschaftler aus den nachwachsenden Generationen haben zwar viele

Eine Spur weniger pessimistisch bin ich bei der ÖVP. Sie ist gut abgesichert bei den Leuten am Land, ob Bauern oder nicht, in den kleineren Städten und in der Wirtschaft. Dort hat sie auch ihre Rekrutierungsbasis. Entscheidend ist, wie lange sie den Mythos der Partei mit der größeren Wirtschaftskompetenz am Leben erhalten kann. Denn es ist ohne Zweifel ein Mythos: Die größten Steuerreformen – nicht bloß Retuschen am Tarif – der letzten Jahrzehnte kamen von Hannes Androsch und Ferdinand Lacina, also SP-Finanzministern. Wer behauptet, die praktische ökonomische Vernunft liege in den Händen der ÖVP, provoziert mich zu einer polemischen Gegenfrage: Wer hat seit 28 Jahren das Wirtschaftsministerium und seit de facto fünfzehn Jahren das Finanzministerium inne, und mit welchem Ergebnis?

Dass die Volkspartei den Grünen das Wasser abgräbt, wie manche seit dem von Josef Riegler entwickelten Konzept der „ökosozialen Marktwirtschaft“ vermuteten, ist inzwischen widerlegt. Riegler war viel zu kurz ÖVP-Chef und Vizekanzler, um aus seinen Papieren mehr werden zu lassen. Und mit den ÖVP-Umweltministern haben die Grünen seither immer wieder erheblichen Ärger gehabt. Beim Klimaschutz ist kaum Energie und Einsatz zu spüren, was mich sehr wundert, immerhin geht es hier auch um die Zukunft der Landwirtschaft. Und die Landwirte sind traditionell ÖVP-Klientel. Die Wirtschaftskammer wiederum hat immer nur die Belastungen gesehen und kaum die Chancen, zum Beispiel für Installateure und Anlagentechniker, die sich im Bereich der Erneuerbaren Energien ergeben.

Vor diesem Hintergrund wird es neben den bisherigen Parteien immer wieder neue, populistische, auf Protestwähler schielende Parteien geben, wie sie mit der Liste Fritz des ehemaligen Tiroler Arbeiterkammerpräsidenten Fritz Dinkhauser oder dem Team Stronach des kanadisch-österreichischen